

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Die Probleme werden angegangen!

Nr. 484.13 / 17.12.2013

Zu den aktuellen Meldungen über das Rekorddefizit des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Andreas Tietze**:

„Das für 2013 zu erwartende Defizit des UKSH ist enorm. Es gibt drei Gründe: der niedrige Landesbasisfallwert, der Investitionsstau und die unzureichende Vergütung für Maximalversorger bzw. Hochschulkliniken.

Das UKSH hat auch in den vorangegangenen Jahren vergleichbare Defizite erwirtschaftet. Diese sind allerdings durch die schwarzgelbe Landesregierung verschleiert und unter der Decke gehalten worden. Die aktuelle Landesregierung bekennt sich zu Haushaltssklarheit und Haushaltswahrheit und hat den Schleier gelüftet. Jetzt liegt das echte Haushaltsdefizit auf dem Tisch. Wir gehen die Probleme an, werden den Sanierungsstau abarbeiten und den Baumasterplan Schritt für Schritt umsetzen.“

Die gesundheitspolitische Sprecherin, **Marret Bohn**:

„Das UKSH steht als einziger Maximalversorger und Hochschulklinik in Schleswig-Holstein seit Jahren unter großem Druck. Der Kern des Problems ist der niedrige Landesbasisfallwert. Es ist inakzeptabel, dass unsere Krankenhäuser für dieselbe Leistung weniger Geld bekommen als in Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern. Damit fehlen im Vergleich zu anderen Bundesländern insgesamt zweistellige Millionenbeträge. Das aktuelle Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, dass diese Unterschiede nicht sachlich begründet sind. Ein bundesweit einheitlicher Basisfallwert muss zügig kommen, nicht erst 2016.

Das Universitätsklinikum nimmt PatientInnen auf, die in anderen Krankenhäusern nicht weiter behandelt werden können. Besonders schwere, seltene und komplizierte Fälle werden in das UKSH überwiesen. Diese spezielle Situation muss bei der Vergütung durch die Krankenkassen ausreichend berücksichtigt werden. Gleiches gilt für die Besonderheit als Hochschulklinik. Universitätskliniken müssen neben der Krankenversor-

gung auch Forschung und Lehre sicherstellen. Deshalb unterstützen wir die Pläne für sogenannte Systemzuschläge für Hochschulkliniken. Für das UKSH würden ein fairer Landesbasisfallwert und ein Systemzuschlag eine enorme Erleichterung bringen - je schneller sie kommen desto besser.
